

nur ohne neue Kohlekraftwerke

ENERGIESTRATEGIE BRANDENBURG: ZUKUNFTSFÄHIG NUR OHNE NEUE KOHLEKRAFTWERKE

Brandenburg steht vor der Entscheidung über den Bau neuer Braunkohlekraftwerke und müsste für deren Versorgung mehrere Dörfer abbaggern lassen. Mit den erst 2008 beschlossenen Zielen zum Klimaschutz wäre dies nicht vereinbar.

Neue Tagebaue und Braunkohlekraftwerke kommen nur, wenn Braunkohle durch die unterirdische CO₂-Verpressung (CCS) klimafreundlich wird so die jahrelange Botschaft der Brandenburger Landesregierung. CCS für Kohlekraftwerke war als nicht nachhaltiges Konzept von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Inzwischen wird entgegen der früheren Versprechen auch für einen Kraftwerksneubau in Jänschwalde ohne CCS-Technik geworben, der über viele Jahrzehnte Landschaft, Natur und Klima zerstören würde.

In Brandenburg werden in dieser Legislaturperiode mit der Fortschreibung der Energiestrategie und zwei laufenden Braunkohleplanverfahren grundlegende Entscheidungen gefällt.

DER BRAUNKOHLE-AUSSTIEG IST NÖTIG!

- ▶ Braunkohle zu verbrennen ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Der Ausstoß klimaschädlicher Gase ist etwa dreimal so hoch wie bei Gaskraftwerken. Klimaschutz und Braunkohle schließen sich deshalb aus.
- ▶ Für die Kohletagebaue müssen komplette Dörfer umgesiedelt und wertvolle Schutzgebiete zerstört werden.
- ▶ Das Grundwasser wird weiträumig abgesenkt und der Wasserhaushalt ganzer Regionen für Jahrhunderte gestört.
- ▶ Kohlekraftwerke sind für die Energieversorgung der Zukunft nicht flexibel genug und behindern die Nutzung Erneuerbarer Energien.

SO WIRD BRANDENBURGS ENERGIEPOLITIK ZUKUNFTSFÄHIG!

- ▶ Die Brandenburger Klimaziele für 2030 dürfen auch künftig keinen Raum für ein neues Kohlekraftwerk lassen. Die neue Energiestrategie muss dies verbindlich und eindeutig festlegen.
- ▶ Die laufenden Planverfahren für neue Braunkohletagebaue müssen jetzt eingestellt werden.
- ▶ Brandenburg braucht eine verlässliche Strategie, wie es Schritt für Schritt aus der Braunkohle aussteigt. Dies schafft langfristig Planungs- und Investitionssicherheit, und der von der Kohle geprägten Lausitz eine neue Perspektive.



DIE KLIMA-ALLIANZ

Die Klima-Allianz Deutschland ist ein breites gesellschaftliches Bündnis von mehr als 100 Organisationen aus den Bereichen Kirche, Umwelt, Entwicklung, Verbraucherschutz und Gewerkschaften, das sich seit 2007 für effektiven Klimaschutz einsetzt. Das Engagement gegen neue Kohlekraftwerke in Deutschland gehört zu den Schwerpunkten unseres bundesweiten Bündnisses.

Klima-Allianz Deutschland
Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Ansprechpartnerin: Mona Bricke
E-Mail: bricke@klima-allianz.de
Telefon: 030-6781 775-73
www.klima-allianz.de

www.kohle-protest.de

VERSPRECHEN DER LANDESREGIERUNG



Das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde gehört zu Deutschlands größten Klimakillern. Nur im nordrheinwestfälischen Neurath wird mehr CO₂ ausgestoßen.

¹ (Energiestrategie 2020, Drucksache 4-6292, S. 38)

KLIMAZIELE DER ENERGIESTRATEGIE

Im Mai 2008 beschloss die brandenburgische SPD/CDU-Regierung die »Energiestrategie 2020«. Darin wird konsequenter Klimaschutz zwar auf die Zeit nach 2020 verschoben, dafür aber ein konkretes Ziel für 2030 festgelegt. Das Ziel, den Kohlendioxid-Ausstoß »bis 2020 um –40 Prozent gegenüber 1990 und bis 2030 um weitere 35 Prozent« zu senken, bedeutet folgenden Jahresausstoß:

2006 IST: 59,5 Mio. t CO₂
2020 ZIEL: 54,6 Mio. t CO₂
2030 ZIEL: 22,8 Mio. t CO₂¹

Das Kraftwerk Jänschwalde stößt derzeit rund 24 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr aus. Ohne dessen Abschaltung wird ein Jahresausstoß unter 30 Millionen Tonnen völlig unmöglich. Auch ein neuer Braunkohleblock würde je nach Größe und Auslastung jährlich zwischen 10 und 20 Millionen Tonnen ausstoßen und die Klimaziele des Landes unerreichbar machen.

LANDTAGSBESCHLUSS

Als der Landtag 2008 die Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« mehrheitlich ablehnte, tat er das mit folgender Begründung:

»Der Hauptausschuss weist darauf hin, dass nach seiner Auffassung die Landesregierung neue Tagebaue nur dann genehmigt, wenn die dazugehörigen Kraftwerke zur Braunkohleverstromung mit der CCS-Technologie ausgestattet werden.« (Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, unterzeichnet von Günter Baaske, SPD)² Der Landtag nahm diesen Beschluss an.³

² Landtags-Drucksache 4-6472, S. 3

³ Beschlussprotokoll 4/70, S. 2

KOALITIONSVERTRAG

»Neue Kraftwerke soll es in Brandenburg nur geben, wenn damit die in der Energiestrategie 2020 festgelegten CO₂-Reduktionsziele von 40 Prozent bis 2020 und weitere 35 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 erreicht werden können.«⁴

Der Neubau eines Braunkohlekraftwerks in Jänschwalde ist damit eindeutig nicht vereinbar: Ein neuer Kohleblock ginge nicht vor 2025 ans Netz und bliebe etwa 40 Jahre in Betrieb.

⁴ Koalitionsvertrag 2009 – 2014 vom 5. November 2009

EINE FRAGE DER GLAUBWÜRDIGKEIT

Beim Ausbau Erneuerbarer Energien verlangt die Landesregierung Akzeptanz und Kompromissbereitschaft von den Bürgerinnen und Bürgern. Denn die erneuerbaren Energien schützen das Klima. Forciert aber dieselbe Landesregierung weiterhin den klimaschädlichsten Energieträger, macht sie sich hochgradig unglaubwürdig.

MYTHEN DER KOHLE-BEFÜRWORTER

KLIMAZIELE SOWIESO NICHT ERREICHBAR?

Neue Gaskraftwerke waren in der Energiestrategie 2020 Brandenburgs bisher nicht berücksichtigt, sind nun aber beantragt. Sie können das Stromnetz bei schwankender Einspeisung von Wind- und Solarstrom optimal ausregeln.

Die Emissionen lägen laut Wirtschaftsministerium maximal bei 2,3 Mio. t CO₂ pro Jahr.⁶ Selbst wenn das Klimaziel für 2030 um diesen Betrag verfehlt würde, wäre das kein Grund, zusätzlich noch ein Kohlekraftwerk zu bauen.

MEHR KOHLEBEDARF DURCH ATOMAUSSTIEG?

Alle drei genannten Beschlüsse des Landes Brandenburg legten den 2002 von Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg zugrunde. Durch den neuerlich beschlossenen Atomausstieg der schwarz-gelben Bundesregierung haben sich die Rahmenbedingungen für die Braunkohle im Jahr 2030 nicht geändert.

⁶ Rede von Ralf Christoffers auf dem Energietag Brandenburg am 15.09.2011

KOHLE-ARBEITSPLÄTZE VOR DEM AUS?

Der Ausstieg aus der Braunkohle kann schrittweise und sozial verträglich gestaltet werden.

Statt Arbeitsplatzmangel herrscht derzeit Fachkräftemangel in der Energiewirtschaft von Berlin und Brandenburg. Bei Verzicht auf einen Neubau am Kraftwerksstandort Jänschwalde bliebe bis 2030 (und voraussichtlich darüber hinaus) das Kraftwerk Schwarze Pumpe mit 1600 MW installierter Leistung weiterhin in Betrieb.

Die Stromversorgung Brandenburgs und der Export wären ebenso gesichert wie große Teile der Beschäftigungswirkung der Braunkohlewirtschaft. Im sächsischen Teil der Lausitz blieben die Blöcke Boxberg Q und R (900 MW + 670 MW) in Betrieb, was auch Rückwirkungen auf Brandenburg hätte, denn Vattenfalls Hauptverwaltung ist weiterhin in Cottbus.

DIE ANDEREN SIND SCHULD?

Braunkohle zu verbrennen ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Klimaschutz und Braunkohle schließen sich deshalb aus.

Ein scheinbarer Ausweg besteht darin, die Emissionen für aus Brandenburg exportierten Strom den Ländern zuzuschreiben, die diesen Strom verbrauchen. Doch dies wäre nicht mehr als ein Buchungstrick. Für die Bilanzierung von Energie und Klimagasen gibt es klare Standards⁷, die ein einzelnes Bundesland nicht verlassen kann. Andernfalls müssten im Gegenzug auch die bei der Herstellung importierter Produkte im Ausland (z.B. China) verursachten Emissionen in die Bilanz Brandenburgs eingehen. Zudem müssten auch die Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Energien anteilig den stromverbrauchenden Ländern zugeschrieben werden.

⁷ monitoring guidelines des IPCC, Regeln des Bund-Länder-Arbeitskreises Energiebilanzen

VATTENFALLS UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Auf der Hauptversammlung im April 2011 formulierte Vattenfall-Chef Loeseth, was die neue Konzernstrategie zum Klimaschutz konkret bedeutet:

»Vattenfall investiert um Effizienz zu steigern, wird aber keine neuen Kohlekraftwerke bauen ohne Zugang zu kommerziell erprobter CCS-Technologie.«

Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich der beschleunigte Atomausstieg bereits ab. Auch dass aufgrund der »Länderklausel« im CCS-Gesetz der kommerzielle Einsatz der CO₂-Abscheidung in Brandenburg nicht durchsetzbar wird, war bereits absehbar. Der Bau eines neuen Kraftwerkes in Jänschwalde wäre daher auch ein Wortbruch von Vattenfall gegenüber den Konzerneigentümern.